

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1946

35 (23.12.1946)

BADISCHE Volksstimme

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands, Landesbezirk Baden

Jahrgang 1, Nr. 35

Mannheim, den 23. Dezember 1946

Preis 10 Pfg.

Nun wollen wir Taten sehen!

Die wenigen Wochen, die seit den Landtagswahlen verfließen sind, haben mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, daß der von vielen Wahlrednern versprochene Silberstreifen, die Besserung der wirtschaftlichen Lage unseres Landes, in grauem Nebel verschwunden ist. Was wurde nicht alles geredet von der Ankurbelung der Wirtschaft, die besonders durch die englisch-amerikanische Zonenvereinigung totsicher erfolgen müsse. Inzwischen sind die Schläge hageldicht auf uns herabgeprasselt und von einem beginnenden Aufstieg kann ein Normalverbraucher oder der Mann von der Straße nicht das Geringste merken, abgesehen von einigen Festtagszuschüssen ohne wesentliche Bedeutung. Im Ganzen ist die Versorgung weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben, Erwartungen, die im Wahlkampfe durch Versprechungen „Prominenter“ erzeugt und gesteigert worden sind. Man kann es einem kleinen Manne nicht verübeln, wenn er als bare Münze nimmt, was ein Minister im Radio mit volltönender Stimme verkündet. Und so waren nun die Hoffnungen hochgeschraubt, Hoffnungen, die sich in absehbarer Zeit nicht erfüllen können. Die nackte Wahrheit sieht so aus: der hereingebrochene kalte Winter findet das Volk nicht planvoll mit Heizmaterial versorgt, sondern geringe Mengen grünen Holzes sind, außer Liliputrationen von Briketts, das Ergebnis aller Bemühungen, mit denen der Kampf gegen die Winterkälte in undichten Wohnungen und greulichen Kellerlöchern aufgenommen werden muß. Es ist nicht abzusehen ob, wann und wie dieser bitteren Pein ein Ende gemacht werden wird. Die Versprechungen auf diesem Gebiete sind schon so oft enttäuscht worden, daß sich wohl kaum noch jemand finden dürfte, der sich erneut davon einwiegen ließe. So müssen sich Tausende selbst helfen, gehts krumm oder gut, danach kann in Zeiten der Selbst-Nothilfe kaum noch gefragt werden. Und so quälen sich alte Mütterchen in den Waldungen in Stadtnähe damit ab, bei grimmiger Kälte ein paar Stecken zusammenzusuchen, buchstäblich zu suchen, denn es ist alles schon zu hundertmalen abgesucht worden. Wenn robustere Naturen nicht so langmütig sind; wer wagt es, den ersten Stein auf sie zu werfen? Mögen die Verantwortlichen, die einen langen Sommer vergehen ließen, ohne entscheidende Maßnahmen zu treffen, um das Volk vor Wintersnöten zu schützen, Einsehen genug haben, um ihre eigene Schuld zu erkennen. Laßt nicht den Armen schuldig werden, um ihn dann neuer Pein auszuliefern.

Ein zweiter Schlag, diesmal auf den Magen des Arbeitmannes, ist wieder einmal allgegenwärtig. Schon glaubten und hofften die Fabrikarbeiter, die täglich hungrig und frierend die Werte zum Neubau unseres Landes schaffen, den Schlag abgewehrt zu haben, aber sie müssen sich täglich eines anderen belehren lassen. Die Schwer- und Schwerarbeiterkarten sind

noch immer fortwährenden Angriffen der Behörden ausgesetzt. Vom Ministerpräsidenten bis zum Bürgermeister versprochen alle Organe den Betriebsräten, als den Beauftragten der Arbeiter und Angestellten, daß sie sich für die Wünsche und Ziele der schwer arbeitenden Menschen mit Nachdruck einsetzen würden. Leider haben die Betroffenen von einem solchen Einsatz bisher nichts bemerken können, sondern sehen mit Zorn im Bauch, wie die Bürokratie den Weg des Abbaus, unbekümmert um die Versprechungen der Regierenden, weitergeht. In den Fabriken der Großstädte Nordbadens wird täglich weiter nach Möglichkeiten für den Abbau von Zulage-

Vertrauen in das Können der herrschenden Gewalten hervorgerufen. Viele Illusionen sind zerplatzt wie Seifenblasen. Kohle und Stahl aus dem Ruhrgebiet sind nicht in den erträumten Mengen eingetroffen und anstelle einer größeren Industrieerzeugung bringt der Weihnachtsmann Kurzarbeit und damit noch weniger Wirtschafts- und Verbrauchsgüter als bisher. Die Lohneinbußen sind zwar augenblicklich nicht besonders groß, aber angesichts der unverschämten Preise liegen die Löhne schon seit langem tief unter dem Existenzminimum, sie sind wahrhafte Hungerlöhne in des Wortes grausigster Bedeutung.

Denn da, wo die Quelle des Strumpfes versiegt ist, und das ist in zahlreichen Arbeiterfamilien, besonders aber wo die Männer tot oder verschollen sind, der Fall, dort herrscht bitterer Hunger. Wie viele Kinder betteln bei den Amis? Und wie viele Mädchen treibt der Hunger der Prostitution in die Arme? Wieviele neue Krankenhäuser für Tuberkulose oder Geschlechtskranke sollen oder müssen noch eingerichtet werden?

Die Hungerlöhne vernichten unser Volk.

Das alles ist durch die Stromkürzungen schlimmer denn je geworden, alle diese Nöte schreien nach schneller Hilfe.

Die Versprechungen des Wahlkampfes sind verstummt. Groß und stark sind die Parteien der Besitzbürger ins Parlament eingezogen. Eine Minderheit bilden die Arbeiterparteien. Die neue Regierung ist gebildet worden; unter zehn Ministern ist ein Kommunist. Vier Sozialdemokraten und vier CDU-Leute, letztere sämtlich alte Zentrums kämpfen, bilden den Hauptbestandteil der neuen Regierung. Werden sie ihre Wahlversprechungen einlösen? Was an uns liegt, so wollen wir ihnen dabei helfen, denn unser Volk ist's, das mit Weib und Kind in Hunger und Not verkommt, wenn nicht endlich, endlich aus Versprechungen Taten werden.

Taten gegen Kälte, Hunger, Schundlöhne und Arbeitslosigkeit.

Wir alle sind bereit, die Regierungsmänner, die zur Tat gegen Volksnot und Volkstod aufrufen, mit Einsatz unserer ganzen Kraft zu unterstützen. Jedoch Rettung kommt nicht vom grünen Tisch. Des Volkes Rettung aus Winterskälte und Hungersnöte kann nur aus eigener Kraft erfolgen. Deswegen weckt die schöpferischen Kräfte im Volke, gebt ihm überall in Verwaltung und Betrieben was ihm zukommt:

Mitbestimmungsrecht in allen Fragen und allen Lagen des täglichen Lebens.

Das ist's, was das arbeitende Volk entschlossen ist sich zu erobern, auf alle Fälle und unter allen Umständen. In der Initiative der Massen liegt die Rettung. Denn Uns aus dem Elend zu erlösen können wir nur selber tun!

P. S.

Zeitenwende

Von Walter Dehmel

*Diese Zeit ist eine Wende —
Noch bedrückt uns Schuld,
Doch wir machen ihr ein Ende,
Schaffend in Geduld.*

*Diese Zeit braucht guten Willen,
Mut und zühe Kraft,
Braucht den Frohsinn, der im stillen
Wirkt voll Leidenschaft.*

*Diese Zeit braucht off'ne Augen,
Die das Echte seh'n,
Herzen, die zum Wagnis taugen,
Gegen Not zu steh'n.*

*Diese Zeit braucht starke Seelen,
Die voll Klarheit sind,
Und Beherrschung darf nicht fehlen,
Die das Ziel gewinnt.*

*Diese Zeit ist eine Wende,
Güte ist ihr Stern.
Diese Zeit braucht Deine Hände,
Halte Dich nicht fern!*

karten gefahndet, obwohl schon oft und oft allen Instanzen nachdrücklichst durch Gewerkschaften und Betriebsräte klargemacht worden ist, daß ihr Beginnen nur geeignet ist, neue Unzufriedenheit und weiteres Absinken der Produktion herbeizuführen. Es ist die allerhöchste Zeit, das Abzwacken an den Rationen der arbeitenden Menschen einzustellen und gemeinsam mit den Gewerkschaften neue Wege zu suchen, die dem schaffenden Volke, und damit dem Aufbau von Wirtschaft und Staat dienen. Ein Fortwursteln nach den bisherigen Methoden kann kein anderes Ergebnis zeitigen als Erbitterung, und damit verbunden alle Erscheinungen des Niederganges, keineswegs aber Vertrauen zu den Behörden und damit williges Schaffen und Aufstieg aus der Wirtschaftsnot.

Die Stromeinschränkung und damit verbundene Verkürzung der Arbeitszeit ist das nächste Glied in der Kette der Ereignisse, die auf keinen Fall geeignet sind,

Kraft für die Erfüllung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus.

Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche Rede über den Kampf gegen den Militarismus, in der er die Gedanken verfocht, den Klassenkampf in der Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Badische
Landesbibliothek

Badische
Landesbibliothek

Eine historische Tat

Der neue zur Diskussion gestellte Verfassungsentwurf der SED knüpft zwar an die Weimarer Verfassung an, darüber hinaus zieht er jedoch aus den Lehren der Vergangenheit die notwendigen Schlußfolgerungen und bedeutet den notwendigen historischen Schritt von der bloßen formalen Demokratie zur Schaffung einer wirklichen Volksdemokratie.

In Worten hatte sich die Weimarer Verfassung für eine demokratische parlamentarische Republik ausgesprochen, in der Tat waren die selbständigen Willensträger, wie Reichspräsident, Reichsrat und Staatsgerichtshof, Machtinstrumente in der Hand der alten reaktionären Kräfte neben dem Parlament, die die Bedeutung der Volksvertretung herabminderten und den wahren Willen des Volkes verfälschten. Der neue Verfassungsvorschlag sieht vor, daß die diktatorischen Institutionen der alten Machthaber beseitigt werden und das Parlament zum einzigen und alleinigen Träger der Staatsgewalt wird.

Der tiefere Sinn der im neuen Verfassungsentwurf vorgeschlagenen Änderungen besteht darin, daß alle Staatsgewalt wirklich vom Volk ausgeht und an die Stelle der Phrase die reale Tat gesetzt wird. Aus der Katastrophenpolitik der bisher im deutschen Volk herrschenden Gewalten, der Konzernherren, der Junker und Militaristen und aus dem Versagen des Bürgertums werden die richtigen Konsequenzen gezogen, die eigentlichen Träger des demokratischen Gedankens, die Arbeiter und Werktätigen, werden zu den gesetzgebenden und vollziehenden Trägern des wahren Volkswillens.

Der neue Verfassungsentwurf entzieht den Kriegsverbrechern, den Konzernherren, Junkern und Militaristen, als Kriegsschuldigen alle politischen Rechte und ermöglicht dadurch, daß an die Stelle der alten bankrotten Machthaber neue und echte Vertreter des Volkes, wahrhaftige Demokraten und Freunde des Friedens treten können.

Der neue Vorschlag begnügt sich aber nicht nur mit der Verhinderung eines Mißbrauchs der demokratischen Rechte durch die Volksfeinde und Feinde der Demokratie.

Durch die wirtschaftliche Entmachtung der Konzernherren und Junker entzieht er den alten reaktionären Machthabern, den Schuldigen am Unglück des Volkes, die materielle Basis für ihre Verschwörungen gegen Volk und Demokratie.

Dieser Schritt bedeutet in erster Linie die beste materielle Sicherung der Demokratie und des Friedens. Er gibt der Arbeiterklasse und den demokratischen und Friedenselementen das überaus notwendige Kraftbewußtsein, stärkt den Willen zur kämpferischen Einheit gegen alle Anschläge der reaktionären Volksfeinde und stärkt nicht nur das Selbstbewußtsein und Vertrauen des deutschen Volkes in eine bessere Zukunft, sondern auch den Glauben und das Vertrauen der demokratischen und friedliebenden Völker in die Möglichkeit der Schaffung einer demokratischen und friedliebenden deutschen Republik.

Gleichzeitig gibt dieser Schritt der wirtschaftlichen Entmachtung der Reaktion der neuen Demokratie die materiellen Mittel in die Hand, um den werktätigen Schichten die Verwirklichung der demokratischen Rechte zu garantieren. Das Recht auf Arbeit kann nicht durch Aussperrungspläne und Schwarze Listen der Unternehmer zur Phrase herabgewürdigt werden, das Recht auf Erholung und Erziehung und Versorgung im Alter kann dadurch reali-

siert werden, daß die neue Volksdemokratie nach dem Grundsatz handelt, den alten Machthabern nehmen und den Werktätigen geben.

Schließlich macht der neue Verfassungsentwurf durch seine klare Formulierung eine unteilbare Republik mit dezentralisierter Verwaltung, dem Verfassungsstreit und dem nationalen Zwiespalt ein Ende, den die Reaktion sät, um im Trüben zu fischen, und im Wettstreit der föderalistischen und partikularistischen Tendenzen die alten Machtpositionen zu behaupten. Der Vorschlag der SED sieht eine einheitliche Verfassung der Republik vor, die allen Staatsangehörigen in allen Ländern die gleichen Rechte und Pflichten garantiert. Gleichzeitig wird durch die Einführung der Länder- und Kreisordnungen mit weitgehenden demokratischen Vollmachten die Anteilnahme und Masseninitiative der breiten Schichten der werktätigen Bevölkerung beim Neuaufbau der demokratischen Verwaltung gesichert. Diese Masseninitiative, Anteilnahme und Kontrolle breiter Schichten der Bevölkerung ist gleichzeitig der beste Schutz gegen die bisherigen Gefahren und Tendenzen der formalen Demokratie, daß sich eine entartete Verwaltungsbürokratie unter volksfremdem Einfluß aus einem Diener des Volkswillens in einen Herrn und Feind des Volkswillens verwandelt.

So beinhaltet der neue Verfassungsentwurf alle durch die gewaltigen Veränderungen in der letzten Entwicklung des deutschen Volkes notwendig gewordenen demokratischen Maßnahmen, die geeignet sind, das deutsche Volk aus seinem Unglück zu erlösen und in eine bessere Zukunft zu führen. Das Volk hat zu entscheiden.

Schon dadurch, daß die notwendigen demokratischen Maßnahmen zur Rettung des Volkes klar vor dem Volk zur Entscheidung gestellt werden, wird der Verfassungsentwurf der SED zur historischen Tat. (R. K.)

Einheitliche, demokratische Politik in ganz Deutschland

von Max Fechner

Wir sind der Auffassung, daß schon sehr viel erreicht wäre, wenn überhaupt erst einmal die Maßnahmen, die in Potsdam von allen vier Mächten zur Sicherung der demokratischen Entwicklung in Deutschland beschlossen wurden, nun endlich auch in ganz Deutschland durchgeführt werden. Bis jetzt muß man leider feststellen, daß nur in einem Drittel Deutschlands, nämlich in der Ostzone, diese Forderungen zur Sicherung des Friedens und der Demokratie erfüllt worden sind. Die alte kriegerische Machtkombination von Großindustrie, Großgrundbesitz und Militarismus ist bisher nur in der Ostzone durch ein tiefgreifendes Reformwerk politisch und wirtschaftlich entmachtet worden. Dadurch ist nur in einem Teile Deutschlands die Voraussetzung für eine demokratische und friedliche Entwicklung geschaffen. In den anderen Teilen Deutschlands aber ist noch nicht einmal das durchgeführt worden, was das Viermächteprogramm zur Beseitigung des Faschismus fordert. Deshalb interessiert uns noch nicht das, was zusätzlich getan werden müßte, sondern erst einmal die konsequente Beseitigung der Reste des Faschismus in ganz Deutschland, gemäß der Forderung des Viermächteabkommens. Hierbei liegt die Betonung auf

Die Freiheit der Person ist unverletzlich. Eine Beeinträchtigung oder Entziehung der persönlichen Freiheit durch ein Organ der öffentlichen Verwaltung ist nur auf Grund von Gesetzen zulässig.

Abschnitt B, Artikel 8 der Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik.

ganz Deutschland. Wenn die wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen in ganz Deutschland durchgeführt werden, die in der Ostzone durch die Bodenreform, durch die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher, durch den Aufbau der demokratischen Verwaltung, durch die konsequente Ausschaltung aller aktiven Nazis und Reaktionäre und durch die Schulreform realisiert worden sind, dann könnte das deutsche Volk einer ruhigen und friedlichen Entwicklung entgegen schauen und die Welt brauchte sich nicht mehr durch Deutschland militärisch bedroht zu fühlen. Leider ist es noch nicht der Fall. Es ist die Aufgabe aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte und besonders die der deutschen Arbeiterbewegung, durch eine einheitliche und konsequente Politik in ganz Deutschland dafür zu sorgen.

Schlange - Schöningen treibt Hitlerpropaganda!

Schlange-Schöningen, ehemals deutscher Osthilfekommissar, jetzt zusammen mit Minister Dietrich der Hauptverantwortliche für die Ernährungskatastrophe in der britischen und amerikanischen Zone, sucht durch wüste Kriegshetzreden von sich und den anderen Schuldigen am Elend und Unglück des Volkes abzulenken.

Schlange-Schöningen, selbst enteigneter Großgrundbesitzer aus der Ostzone, dessen Rücktritt die Werktätigen in Westdeutschland in zahllosen Kundgebungen forderten, genießt den Schutz der alten Machthaber, die sich seiner bedienen, um die Machtpositionen der Junker und der Konzerngewaltigen vor dem Zugriff des Volkes zu schützen. Provokativ erklärt Schlange-Schöningen, daß es in Europa keinen Frieden gäbe, solange die Gebiete zwischen Oder und Weichsel „verkommen“. Schlange-Schöningen wandelt auf den Wegen Hitlers! Er glaubt, mit seiner Provokation zwei Fliegen auf einen Schlag treffen zu können:

Erstens hofft er, mit seinem provokativen Auftreten das Volk vom richtigen Weg aus dem Elend abhalten und aufs neue für die Eroberungsziele der alten Machthaber mißbrauchen zu können.

Zweitens hofft er, mit dieser Provokation auf den Beifall und die Unterstützung internationaler reaktionärer Kreise und glaubt, durch die Ausnützung gewisser Differenzen zur Spaltung der demokratischen Friedenskräfte beizutragen und die abenteuerlichen Pläne der deutschen Reaktion fördern zu können.

Das deutsche Volk weiß: Schlange-Schöningen, Dr. Dietrich und ihresgleichen samt ihren Hintermännern, sind ebenso die Hauptfeinde des Volkes, wie das Hitler und seine Bande waren!

Der Ausweg aus Elend und Not und in eine bessere Zukunft kann nur beschränkt werden, wenn die Schuldigen an der Not und ihre Hintermänner verschwinden und neue Männer, aufrechte Demokraten und Friedensfreunde, das Volk auf dem Wege der Demokratie und des Friedens in eine bessere Zukunft führen!

Vom Ausland unabhängig?

Im Zusammenhang mit der immer wieder von allen Seiten, leider auch aus den Kreisen sozialdemokratischer Funktionäre, welche Dr. Schumacher nahe stehen, verbreiteten verleumderischen Behauptung, die KPD sei von einer fremden Macht abhängig, ist das Echo, welches der Besuch Dr. Schumachers in London hervorrief, von besonderem Interesse.

Wenn auch amtliche britische Kreise erstaunt tun über die unfreundliche Reaktion des Auslandes zu dem Besuche Dr. Schumachers, so wird derselbe doch sogar aus sozialdemokratischen Kreisen sehr scharf kritisiert.

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Oesterreichs lehnt die Aeußerungen Dr. Schumachers über Oesterreich scharf ab und verweist auch die Behauptung über eine Zusammenarbeit zwischen den deutschen und österreichischen Sozialdemokraten in das Reich der Fabel. — Die Moskauer „Prawda“ bezeichnet Schumacher als einen Nationalisten, Demagogen, Anschwärzer und gelehrigen Schüler der faschistischen Schule, der merkwürdigerweise in London wie ein Sieger und Eroberer empfangen worden sei. Es sei ein Skandal, daß man einen Mann, welcher die deutsche Arbeiterklasse in zwei Teile gespalten hat und die Bemühungen der demokratischen Kräfte in Deutschland unterminiert, wie den diplomatischen Vertreter einer ausländischen Macht behandelt habe.

Die französische Regierung beauftragte sogar offiziell den französischen Botschafter in London, der britischen Regierung das Mißfallen und das Befremden Frankreichs über den Besuch Dr. Schumachers, des Vorsitzenden der SPD, auszusprechen.

Schließlich ist in diesem Zusammenhang noch der Standpunkt des Generals Clay hervorzuheben, der in seinem Deutschlandbericht an die amerikanische Regierung erklärte, daß die Engländer „ein gefährliches Spiel“ spielen, wenn sie die Sozialdemokratische Partei mehr als die anderen politischen Gruppen ihrer Zone unterstützen. Führende amerikanische Beamte sind der Ansicht, daß alle Parteien, von der Rechten bis zu den Kommunisten, gleich behandelt werden müssen, um die auflebende Demokratie nicht aufs Spiel zu setzen.

Wir Kommunisten wollen auf die unablässigen Provokationen bestimmter Kreise nicht in gleicher Weise antworten. Wir überlassen es den denkenden Menschen selbst, sich ein Bild darüber zu machen, in wessen Auftrag Dr. Schumacher eigentlich handelt und spricht. Unbeirrt um alle verleumderischen Anwürfe, suchen wir, ohne nach Westen oder nach Osten zu blicken, einen Weg, der unseren besonderen deutschen Verhältnissen entspricht.

Wir dienen so am besten den wahren nationalen Interessen des deutschen Volkes, als wahrhaft deutsche und unabhängige Partei der Arbeiterklasse.

Gedenktage der Woche

- 26. Dez.: Gründung der ersten Gewerkschaft in Deutschland, 1865
- 29. Dez.: Gründung des Spartakusbundes, 1916
- 30. Dez.: Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf dem 10. Allrussischen Rätekongreß, beschlossen 1922
- 31. Dez.: Gründung der KPD, 1918
- 31. Dez.: Max Pechstein, Maler, geboren 1881 in Zwickau

Siedlungsbau für Opfer des Faschismus

In Rudolstadt wird eine Siedlung errichtet, welche den Opfern des Faschismus vorbehalten bleibt. Nach den Plänen des Ingenieurs Berlinski entstehen Holzhäuser, zu deren Zusammensetzung nicht ein Nagel erforderlich ist. Die einzelnen Holzteile sind gefalzt und werden ohne Eisenverbrauch ineinandergeschoben. Das erforderliche Holz liefert der Thüringer Wald.

Es wäre erwünscht, wenn auch bei uns der Bau von Siedlungshäusern und Kleinstwohnungen ohne bürokratische Hemmungen gefördert würde. Wie wir erfahren, befassten sich in Mannheim neben vielen Einzelpersonen, welche solche Kleinwohnungen erstellen wollen, auch größere Kreise mit dem Planen zusammenhängender Siedlungen. U. a. wird beabsichtigt, in Mannheim eine Siedlung für Kriegsbeschädigte auf genossenschaftlicher Basis zu errichten, wobei die Einzelhäuser um eine zentral gelegene Werkstatt gruppiert sind.

Ohne Zweifel scheint es uns besser, dem kleinen Manne die Möglichkeit zu geben, sich ein Dach über dem Kopf und ein eigenes Heim zu schaffen, statt den in Lagern internierten Naziaktivisten zu erlauben, Siedlungen für sich und ihre Familien zu errichten, wie dies besonders menschenfreundliche deutsche Stellen vorgesehen haben.

Erst die Opfer des Faschismus und die Opfer des Hitlerkrieges und die große Zahl der kleinen Leute, die sich mit ihrer eigenen Hände Arbeit ein Heim schaffen wollen, und dann erst die Naziaktivisten!

Reinigungsprozess schreitet fort

Auf Antrag des öffentlichen Klägers bei der Spruchkammer Sinsheim wurde der Bürgermeister Gottlob Barth (CDU) in Sinsheim seines Amtes enthoben. Die Suspendierung wurde ausgesprochen, als es offensichtlich war, daß Barth in seinem Fragebogen die Mitwirkung und den Erwerb jüdischen Vermögens verschwiegen hatte.

Wir sind darüber keineswegs erstaunt, ebenso, wie wir in Anbetracht der vielen „Antifaschisten“ im Landkreis Sinsheim, wie auch in anderen Kreisen, das Wundern verlernt haben. Immerhin begrüßen wir es, daß gerade in den letzten Wochen auch im Landkreis Sinsheim eine gewisse Reinigungstendenz festzustellen ist, die lange unter gewissen Landräten Not litt und zur Stunde noch nicht ganz beendet sein dürfte. Besonders, da die Ableger des vorletzten amtsadeligen Herrn nebst seiner Umgebung nach wie vor ihr Pöstchen zu halten versuchen, obwohl ihnen, wie die Ereignisse es laufend beweisen und es wohl bald noch deutlicher offenbar werden lassen, jegliche Eignung abzuspochen ist. Mit korrupten Beamten aber wird ein Landkreis niemals gesunden können.

Weniger als 1500 Kalorien

Nach einer Meldung der „Frankfurter Rundschau“ werde man sich vielleicht gezwungen sehen, in diesem Winter vorübergehend weniger als 1500 Kalorien pro Tag in der amerikanischen Zone auszugeben. Diese Meinung stützt sich auf eine Erklärung des Generals Keating, die er in Vertretung von General Clay den beim Länderrat versammelten Journalisten in der vorigen Woche machte.

Diese Feststellung wurde durch die Frage eines Reporters verursacht, der konstatierte, daß bereits in zwei Zuteilungsperioden die Bevölkerung Württemberg-Badens den vorgesehenen Satz von 1550 Kalorien nicht erhalten habe.

Christentum und Kirche

Theologenkonzferenz nimmt Stellung zum Sozialismus

Eine in Berlin tagende Konferenz sozialistischer Pfarrer und Theologen nahm mit einer Entschloßung zur Verlautbarung der SED zu Christentum und Kirche Stellung. Es heißt darin u. a.: „Wir bestätigen aus unseren eigenen Erfahrungen die Behauptung der Genossen Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck, daß der Kampf der sozialistischen Bewegung in der Vergangenheit niemals dem Glauben oder der Lehre der Kirche galt, sondern der ihr selbst häufig garnicht bewußten klassenmäßigen Bindung ihrer Wortführer und ihrer ganzen politischen Haltung.“

Das deutsche Volk ist durch die nationalsozialistische Lügenpropaganda, die es 12 Jahre über sich ergehen lassen mußte, gegen jedes politische Wort mißtrauisch geworden. Wir sind überzeugt und wir hoffen, daß das klare Wort des Zentralsekretariats manches Mißtrauen, manche Unklarheit, manche Sorge um die Zukunft der evangelischen und katholischen Kirche und um die Freiheit des Gewissens- und Glaubens in Deutschland zerstreuen wird, da es in der 100jährigen Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung kein Beispiel dafür gibt, daß eine programmatische Erklärung in der Praxis jemals Lüge gestraft worden wäre.

Wir hätten erwartet, daß die offizielle Kirche von sich aus ein Wort zu der öffentlichen Verlautbarung des Zentralsekretariats der SED gesagt hätte. Da es bisher

nicht geschehen ist, wollen wir jedenfalls dem Zentralsekretariat der SED für seine bündige Erklärung danken.“

Der Entwurf ist u. a. unterzeichnet von: Pfarrer Rackewitz, Berlin-Neukölln, Domprediger Kleinschmidt, Schwerin, Oberkirchenrat Meinecke, Dresden, Oberkirchenrat Dr. Hertzsch, Eisenach.

Hochschulinstitut für dialektischen Materialismus

Die Universität Jena als erste deutsche Universität hat ein „Institut für dialektischen Materialismus“ eröffnet, das soeben sein Arbeitsprogramm für das Wintersemester 1946/47 vorlegt. Unter der Leitung führender Pädagogen und Hochschullehrer werden u. a. folgende Themen behandelt:

„Lenin und die Dialektik“, „Die Geschichte der Kunst vom Standpunkt des historischen Materialismus“, „Die Stellung von Karl Marx und Friedrich Engels zum Kriege 1870/71.“

Ferner sind eine Reihe einschlägiger öffentlicher Vorträge vorgesehen.

Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei. Die Republik nimmt sich ihrer Lehre an und schützt sie vor allem Mißbrauch.

Abschnitt B, Artikel 11 der Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik.

ausfall gerissenen Lücken zu füllen. Bleibt die Kürzung bestehen, dann wird ein weiterer Rückgang in der Leistung unvermeidlich sein. Kein Mensch kann bei Hungerrationen eine halbwegs normale Arbeitsleistung vollbringen.

Kraft für die Erfüllung dieser großen Aufgaben geschaffen werden. Darum mein Ruf für das Jahr 1947 an alle Mitglieder der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei:

Vereinigt Euch! Durch Einheit zum Sozialismus. Wilhelm Pieck.

knecht eine leidenschaftliche neue Kampf gegen den Militarismus, in der er Gedanken verfocht, den Klassenkampf in der Heer zu tragen. Diese Rede fand unter dem Titel „Militarismus und Antimilitarismus“ ihren Weg

Demokratische Fachleute gesucht!

Das Gesetz zur Reinigung des deutschen Volkes von Nazismus und Militarismus ist nicht zu dem Zwecke geschaffen, um Nazi-Aktivisten reinzuwaschen, sondern um die nazistischen und militaristischen Einflüsse in Verwaltung und Wirtschaft zu beseitigen. Die Tatsache, daß jemand Mitglied der NSDAP oder ihrer Gliederungen war, kann auch durch einen Spruchkammerbescheid nicht aus der Welt geschafft werden. Es kommt nicht darauf an, einzelne Personen reinzuwaschen, sondern unser öffentliches Leben zu reinigen. Dieser Reinigungsprozeß wäre eine nur negative Angelegenheit, wenn nicht Hand in Hand damit eine Demokratisierung erfolgen würde. Neue Menschen, bewährte Antifaschisten und Demokraten müssen in die Verwaltung, damit wirklich volksnahe Körperschaften entstehen, die in der Lage sind, ihre Tätigkeit auch wirklich im Interesse des Volkes auszuüben.

Die Behörden klagen darüber, daß diese positive Seite des demokratischen Erneuerungsprozesses mit großen Schwierigkeiten verbunden sei, und zwar deswegen, weil es zu wenig antifaschistische und demokratische Fachkräfte gäbe. Wir selbst sind nicht dieser Ansicht! Wir wissen, daß viele Stellen nicht besetzt wurden, um sie für die alten belasteten Inhaber freizuhalten. Wir wissen, daß ehemalige P.g.s viel leichter bei einer Behörde unterkommen als bewährte Antifaschisten, und mancher hat schon angesichts der Behauptung, daß man keine Verwendungsmöglichkeit für ihn habe, die Frage gestellt, ob es nicht möglich sei, nachträglich in die NSDAP einzutreten.

Die „Badische Volksstimme“ will den Nachweis liefern, daß die bisher ungenügende Demokratisierung unserer Verwaltung nicht darauf zurückzuführen ist, daß es an antifaschistischen, unbelasteten, demokratisch einwandfreien Kräften fehlt.

Wir rufen daher alle politisch unbelasteten und demokratisch einwandfreien Personen, insbesondere politisch verfolgte und aktive Kämpfer gegen das Naziregime, welche für eine Tätigkeit im Verwaltungsapparat und den verschiedenen Betrieben der Stadt Mannheim geeignet sind, auf, sich unter Angabe ihres Berufes, ihres Alters und der Tätigkeit, für welche sie sich geeignet halten, schriftlich unter dem Stichwort „Demokratisierung der Verwaltung“ bei der Redaktion der „Badischen Volksstimme“, Mannheim, S 3, 10, zu melden.

Neue Kräfte sollen das Gesicht unserer städtischen Behörden verändern! Frischer Wind und neue Menschen in die Amtsstuben! Mannheim, die Stadt der Schaffenden, braucht wirklich volksnahe und volksverbundene Aemter und Behörden!

Betriebsvereinbarungen und Mitbestimmungsrecht

Ohne das volle Mitbestimmungsrecht der Werkstätigen ist der Aufbau eines demokratischen Deutschland nicht möglich. Das Betriebsrätegesetz des Kontrollrats gibt den Schaffenden ausreichende Möglichkeit, ihre berechtigten Forderungen nach entscheidender Mitbestimmung in der Wirtschaft und im Betrieb zu verwirklichen. Als Rahmengesetz spricht es sich über Einzelheiten nicht ausführlich aus, und diese Tatsache benützen die Unternehmer, um ihren Klassenkampf gegen die Schaffenden zu führen und zu versuchen, das Gesetz als Waffe gegen die Arbeiterschaft in diesem Kampf zu benützen.

Wie die Unternehmer das Betriebsrätegesetz auslegen, ist aus den Reden ersichtlich, welche vor einiger Zeit in Hildesheim auf einer Zusammenkunft der Vertreter der genehmigten Unternehmerverbände gehalten wurden. Ein Redner erklärte, daß das Kontrollratsgesetz die Möglichkeit biete, „bei geschickter Ausnützung der Bestimmungen alle Ansprüche der Belegschaft und Gewerkschaften zunichte zu machen“.

Die Unternehmer beschlossen einheitlich und zentral gegen Betriebsräte und Gewerkschaften vorzugehen und fordern einheitliche Richtlinien und Rundschreiben mit genauen Anweisungen seitens ihres Zentralbüros und besondere Unterstützung jener Betriebsleiter und Firmen, welche sich gegenüber den Arbeitern als zu „weich“ erweisen.

Betriebsrätevereinbarungen werden als große Gefahr betrachtet und wo sich solche ankündigen, sollen alle Unternehmungen sofort durch Rundschreiben verständigt werden, um gemeinsam dagegen aufzutreten.

Die Arbeiter wissen, was Mitbestimmung heißt,

sie wissen, daß auf der gesetzlichen Grundlage des Kontrollratsgesetzes abzuschließende innerbetriebliche Vereinbarungen ein entscheidender Schritt zur Verwirklichung der Mitbestimmung sind.

Die Arbeiter werden sich mit aller Kraft für das Mitbestimmungsrecht und für den Abschluß von Betriebsvereinbarungen einsetzen und dabei alle ihnen gesetzlich zustehenden Mittel anwenden.

Seit Wochen steht die Belegschaft des Metallbetriebes Bode-Panzer in Hannover in einem von der allgemeinen Gewerkschaft unterstützten Streik, weil ihr die Geschäftsleitung das Mitbestimmungsrecht und die Annahme einer Betriebsvereinbarung verweigert. Der Streik wird von der gesamten Arbeiterschaft mit großem Interesse verfolgt.

Viele Betriebe unterstützen die Streikenden durch Geldsammlungen und geben der Hoffnung Ausdruck, daß die demokratischen Rechte der Arbeiterschaft über den „Herrn im Hause“-Standpunkt der Unternehmer den Sieg davontragen mögen.

Auch bei uns fordert die Arbeiterschaft in jedem Betrieb eine Betriebsvereinbarung zwischen Belegschaft und Geschäftsleitung.

Wir schwingen die SENSE!

*Wir schwingen die Sense, den Hammer,
wir gehen als Pflüger durchs Land.
Uns weckt die Not und der Jammer,
Ruinen am Wegesrand.*

*Wir bauen, wir werken, wir schaffen,
wir Jungen, mit eisernem Mut.
Wir brauchen nicht Helme, nicht Waffen,
wir machen Vergang'nes gut.*

*Mit schwierigen, rissigen Händen
gestalten wir aus dem Zerfall,
und wollen die Notzeit beenden
in Deutschland allüberall.*

Jeder Bürger hat das Recht, innerhalb der Schranken des Gesetzes seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern. An der Ausübung dieses Rechts darf ihm kein Arbeitsverhältnis hindern, und niemand darf ihn benachteiligen, wenn er von diesem Recht Gebrauch macht.

Abschnitt B, Artikel 10 der Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik.

Reaktionäre Schwerindustrielle beraten

Eine geheimnisvolle Zusammenkunft der gleichen Kreise der rheinischen Schwerindustrie, welche im Februar 32 in Düsseldorf den Bund mit Hitler besiegelten, fand vor kurzem am gleichen Orte statt. An der Zusammenkunft nahmen u. a. teil: der ehemalige Reichsminister Dr. Jares vom Klöcknerkonzern, der Generaldirektor der Gute-Hoffnung-Hütte Reusch, dessen weiches Herz gegen die Freigesprochenen von Nürnberg noch in frischer Erinnerung ist, Direktor Engel vom Hösch-Konzern, Direktor Bungeoth vom Mannesmann-Konzern, Dr. Rasch stv. Leiter des neuen Zweizonenamtes für Wirtschaft, als Mitarbeiter des Mannesmann-Konzerns, der sich schwer in der Nazizeit in der Tschechoslowakei betätigte, der neuernannte Leiter des Zweizonenamtes für Wirtschaft, Dr. Müller, Frankfurt, der berüchtigte Direktor Dinkelbach beim Amt für Vermögensverwaltung (!), der berüchtigte Finanzmagnat Pferdenges, persönlicher Freund des Wegbereiters Hitlers von Papen, unter Hitler Aufsichtsrat zahlreicher Rüstungskonzerne, Vertrauter der Finanziere der Nazipartei, des Freiherrn von Schröder, der bereits im vorigen Oktober auf einer amerikanischen Liste von 42 Kriegsverbrechern des Dritten Reiches zu finden war.

Pferdmenges, bei dem man vor kurzem ein reiches Hamsterlager aushob, wurde vor einiger Zeit durch die Militärregierung als Kriegsverbrecher seiner Ämter enthoben, bleibt aber weiterhin Besitzer des Bankhauses Pferdenges.

Die Presse erhielt über den Inhalt der Besprechung der reaktionären Schwerindustrie keine Auskunft, weil „nichts zur Sprache gekommen sei, was die Öffentlichkeit interessieren könnte“.

Vertreter der Gewerkschaften erklärten über die Beratung der Herren der Schwerindustrie:

Wir betrachten diese Zusammenkunft mit großem Mißtrauen, handelt es sich doch zum Teil um den Rest der nicht verhafteten früheren Mitglieder des berüchtigten Industrieklubs, der 1932 die beinahe bankrotte Hitler-Bewegung bei seiner Tagung im „Parkhotel“ finanzierte. Die Wirtschaft besteht nicht nur aus Unternehmern und Generaldirektoren. Gewerkschaftsvertreter waren zu dieser Tagung nicht geladen. Herr Rasch, Herr Dinkelbach und Herr Müller sind nach ihrer Berufung in ihre Ämter Beamte der Wirtschaftsverwaltung. An den gewerkschaftlichen Fragen, die angeblich besprochen wurden, sind die Gewerkschaften stärkstens interessiert. Sie werden in Zukunft das Tun der von den Militärregierungen in die Wirtschaftsverwaltung berufenen Herren und ihre Verbindung zur Schwerindustrie mit aller größter Wachsamkeit und mit Mißtrauen bewachen.

Kirchheim

In der Nr. 30 der „B.V.“ hat uns der Setzteufel insofern einen Spuk gespielt, als es nicht Damm, sondern Schank, und anstatt Ortsbauernführer Kreisbauernführer heißen muß.

Herausgegeben von der Landesbezirksleitung Baden der KPD, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim S 3, 10. Telefon Nr. 432 60. Auflage 60 000. Druck: Gebrüder Diesbach, Weinheim an der Bergstraße, Friedrichstraße 24. / Authorized by Military Government for Württemberg and Baden, Stuttg., Fr. 10. 4. 46.